



Dringliche Interpellation Nr. 490 2004/2009

Eingang Stadtkanzlei: 10. März 2009

Weshalb wollen die bürgerlichen Parteien des Kantons Luzern mit der beschlossenen Steuergesetzrevision 2011 ihr wirtschaftliches Zentrum mitten in einer gravierenden Wirtschaftskrise finanziell ausbluten?

Weshalb nur wurden die deutlichen Warnungen des Stadtrates von Luzern der letzten Wochen und Monate im Luzerner Kantonsparlament nicht gehört? Trotz dessen intensiven Bemühungen und klaren Worten haben die bürgerlichen Politiker am Montag, 9. März 2009, eine Steuergesetzrevision 2011 beschlossen, die gemäss Stadtrat von Luzern „fatale Folgen“ für die Stadt haben wird: Ertragsausfälle in zweistelliger Millionenhöhe, Schuldenberg in dreistelliger Millionenhöhe. Da eine Steuererhöhung beim städtischen Souverän kaum Chancen haben wird, ist ein massiver Abbau der öffentlichen Leistungen zu erwarten.

Dieser Entscheid ist in einer Zeit gefällt worden, in der sich alle bewusst sein mussten, dass sich Stadt, Kanton und Bund in einer der schwersten Wirtschaftskrisen der letzten Jahrzehnte befinden. Die Exporte brechen massiv ein, die TouristInnen bleiben aus, die Wirtschaft schrumpft, mehr und mehr Firmen führen Kurzarbeit ein oder entlassen ihre MitarbeiterInnen. Diese kurz- und mittelfristigen Auswirkungen waren schon länger absehbar und wurden schon letztes Jahr z. B. vom Präsidenten der Nationalbank vorausgesagt. Sie sind leider im ersten Quartal dieses Jahres für alle sichtbar geworden.

Die Ausgaben der öffentlichen Hand steigen gewollt (Konjunkturprogramme, Finanzspritzen etc.), aber auch als soziale Folgekosten der zunehmenden Arbeitslosigkeit (wirtschaftliche Sozialhilfe etc.) massiv an, während die Steuereinnahmen ebenso deutlich einbrechen werden. Zudem fallen in der Stadt Luzern künftig Pflegekosten von schätzungsweise 10 Mio. Franken zusätzlich an. Der Kantonsrat hat diese Tatsachen ignoriert und einen steuerpolitischen Entscheid gefällt, der – wenn überhaupt – höchstens während einer Hochkonjunkturphase politisch zu verantworten wäre.

Nachdem der Entscheid nun gefallen ist, bitten wir den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen, damit sich der Grosse Stadtrat von Luzern und die städtische Bevölkerung ein klares Bild über die Konsequenzen machen können, die sie zu tragen haben werden:

1. Wie interpretiert der Stadtrat den Entscheid des Kantonsrates von Montag, 9. März 2009, bezüglich Steuergesetzrevision 2011? Bricht hier erneut ein Graben zwischen Stadt und Land auf? Wie erklärt sich der Stadtrat, dass seine warnenden Worte auch bei den städtischen KantonsparlamentarierInnen bürgerlicher Parteien fast kein Gehör fanden?
2. Was hat der Stadtrat unternommen, um mit den Agglomerationsgemeinden gemeinsam gegen diese Steuergesetzrevision anzukämpfen? Weshalb war ihm kein Erfolg beschieden?
3. Die Finanzplanung der Stadt Luzern 2009–2013 basiert auf einem BIP-Wachstum von 1,5 %. Nur schon im letzten Quartal 08 ist die Wirtschaft jedoch um ca. 0,3 % geschrumpft. Welche Auswirkungen hat diese Entwicklung für die Stadt Luzern? Inwieweit muss die Finanzplanung korrigiert werden?
4. In welchen Bereichen sind die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in der Stadt Luzern schon sichtbar? Wie viele Betriebe haben im ersten Quartal 09 Kurzarbeit eingeführt? Wie entwickelt sich die Arbeitslosigkeit?
5. Wie entwickeln sich die Aufwendungen für die wirtschaftliche Sozialhilfe? Welche Prognosen stellt der Stadtrat diesbezüglich für den weiteren Verlauf des Jahres 2009 und für das Jahr 2010?
6. Mit welchen zusätzlichen Ertragsausfällen und mit welchen zusätzlichen Ausgaben verursacht durch die Wirtschaftskrise ist in den nächsten Jahren zu rechnen?
7. Was bedeuten die durch die Steuergesetzrevision 2011 und die Wirtschaftskrise kumulierten Ertragsausfälle und zusätzlichen Ausgaben für die laufende Rechnung der Stadt Luzern? Was bedeuten sie für die geplanten Investitionen der nächsten Jahre? Welche Projekte müssen voraussichtlich zurückgestellt oder allenfalls ganz aufgegeben werden?
8. Wo sieht der Stadtrat Möglichkeiten, auf sozialverträgliche Art und Weise zusätzliche Einnahmen zu generieren? Gibt es noch zentralörtliche Leistungen, die die Stadt Luzern für den Kanton und/oder die ganze Zentralschweiz erbringt, die noch nicht oder zu wenig abgegolten werden?

Markus Elsener
namens der SP-Fraktion